

Auf dem Weg nach Graz: Die Kirchen im europäischen Verständigungsprozeß

VON FRITZ ERICH ANHELM

Nun ist es bald soweit. Die Frage, ob sich die Kirchen in Europa nach Basel 1989 noch einmal zu einer Ökumenischen Versammlung zusammenfinden würden, ist längst positiv entschieden. Die Überzeugungsarbeit allerer, die konfessionelle Fluchten nicht als das letzte Wort akzeptieren wollten, hat sich gelohnt. Die Konferenz Europäischer Kirchen (Protestanten, Anglikaner und Orthodoxe) und der Rat der Katholischen Bischofskonferenzen in Europa befinden sich auf dem Weg nach Graz. Vom 23. bis 29. Juni 1997 soll dort die II. Ökumenische Versammlung stattfinden.

Dieser Weg steht unter dem Motto: Versöhnung – Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens. In vielen Teilen Europas haben Vorbereitungsprozesse begonnen. Ihr Verlauf und ihre Ergebnisse werden darüber entscheiden, ob das Treffen in Graz zu einem glaubwürdigen und nachhaltigen Zeugnis der Versöhnung wird.

Dieses Zeugnis hat eine Innen- und eine Außenseite. Im Verhältnis der Kirchen zueinander geht es um die künftige Gestaltung der ökumenischen Beziehungen. Die Außenseite dieses Versöhnungszeugnisses zielt auf die Politik. Versöhnung als Gabe Gottes trägt die Hoffnung in sich, daß die Quellen neuen Lebens auch dort zum Vorschein kommen, wo sie bisher in steinerner Verhärtung verstopft gehalten werden. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß dies nicht ganz unmöglich ist, sogar im ehemaligen Jugoslawien, nicht weit von Graz. Das kirchliche Versöhnungszeugnis wird allerdings nur Wirkung nach außen zeigen, wenn die Innenseite stimmt. Darin liegt ein Risiko. Die Wunden der europäischen Geschichte, gerade auch die frischen, könnten es mancherorts schwer machen, der Einladung zu folgen. Es gibt nicht wenige Skeptiker im Vorfeld dieser II. Ökumenischen Versammlung. Wer aber weiß, daß sich die Zukunft Europas und seiner Kirchen an der friedlichen Aufarbeitung der alten und neuen Konflikte entscheidet, wird den Ruf zur Umkehr und Buße nicht leichtfertig überhören dürfen.

Graz wird dann zu einem Fest der Versöhnung, wenn sich die Versammlung in tiefem Ernst dem Dialog verpflichtet. Die sichtbare Einheit der Kirchen bricht sich in ihren vielerlei Gestalten. Unterschiede werden bestehen bleiben und können sogar als Reichtum erlebt werden, wo sie nicht Spaltung befestigen, sondern sich in ein Netz tragfähiger Beziehungen einknüpfen. Nicht Vereinheitlichung, sondern Verständigung, nicht Konfrontation, son-

dem Kooperation heißen die Lernziele, die die Kirchen in eine friedliche und gerechte Zukunft in Europa einbringen könnten.

*Eine Einladung an die Bürgerinnen und Bürger
des Volkes Gottes in Europa*

Die im Mai 1995 in Assisi ausgesprochene Einladung richtet sich nicht nur an die 700 Delegierten, die die Mitgliedskirchen von KEK und CCEE entsenden werden. Das ganze Volk Gottes ist aufgerufen, diesen Weg mitzugehen. Im Vorbereitungsprozeß auf Graz hin werden sich Christen an vielen Orten überall in Europa versammeln. Lebendige Briefe sollen auch die erreichen, die die Einladung noch nicht wahrgenommen haben oder ihrer Botschaft mißtrauen. Besuchsgemeinschaften können helfen sich zusammenzusetzen, wo bisher allein Auseinandersetzung zählt oder der Kontakt zueinander unterbrochen ist. Sicher ist auch Klärung nötig, damit sich aufklären kann, was unter dem Schatten unversöhnter Vorurteile Gewalt provoziert. Sicher bedarf es der Expertise, um Problemlösungen näher zu kommen. Sicher muß ethische Orientierung das Handeln anleiten, Kompetenz den guten Willen begleiten. Und ebenso sicher kann nicht damit gerechnet werden, daß allein Verantwortung und Solidarität das Verhalten bestimmen, die Bereitschaft zur Verständigung überall vorhanden ist und sich Eigeninteressen zugunsten des gemeinsamen Zeugnisses relativieren.

Die Einladung zu dieser Versammlung zählt auf die vielen Gruppen und Initiativen, die lokal und regional in freiem Zusammenschluß an der Bearbeitung und Lösung unserer komplexen Probleme engagiert sind und dies aus christlicher Verantwortung heraus tun. Sie stellen den glaubensbegründeten Teil zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in unseren Gesellschaften dar. Ihre Präsenz in Graz kann das Ereignis auch zu einer Versammlung der Bürgerinnen und Bürger des Volkes Gottes in Europa machen.

Der Vorbereitungsausschuß von KEK und CCEE hat sich intensiv mit der Frage beschäftigt, wie es gelingen kann, Delegierten und Gruppen in Graz den Dialog zu ermöglichen. Dies soll weiterreichen als das noch unvermittelte Nebeneinander in Basel. Begegnung und gemeinsame Arbeitsprozesse sind geplant. So werden Delegierte und Gruppen jeweils die Hälfte eines Tages in gemeinsamen Plenen, Hearings und anderen Veranstaltungsformen verbringen, die Gottesdienste miteinander feiern und die jeweiligen Themen bearbeiten. 18 Foren, jeweils drei in jedem der sechs Themenstränge, sind diesem Dialog von Delegierten, Gruppen und Teilnehmenden gewidmet.

Das Tableau der Themen

Die Versammlung in Graz braucht ein thematisches Gerüst, von dem Orientierung ausgeht. Es wird aus sechs Aspekten des Oberthemas „Versöhnung“ bestehen:

– dem Bemühen um Versöhnung der Kirchen untereinander. Hier muß sich ihre sichtbare Einheit auch in der Verständigung auf einen Kodex ökumenischen Verhaltens bewähren.

– dem Angebot zum interreligiösen Dialog in Europa. Dabei wird es im Besonderen um das Verhältnis der christlichen Kirchen zum Judentum und Islam gehen.

– dem Wecken der Bereitschaft zum Teilen und zur Partizipation. Dabei geht es um sozialen Ausgleich und politische Mitwirkung, aber auch um Minderheitenrechte und das Verhältnis der Geschlechter zueinander.

– der Förderung eines europäischen Sicherheitskonzepts, das sich von Vorstellungen des gerechten Krieges auf die Perspektive des gerechten Friedens zubewegt. Praktisch bedeutet dies die Entwicklung von Instrumenten der Mediation und friedliche Streitbeilegung besonders in ethnischen und sozialen Konflikten.

– dem Ausgleich zwischen der Industriekultur und der Verantwortung für die Schöpfung. Hier sollte die Forderung zu nachhaltiger Entwicklung Gestalt gewinnen.

– dem Ausgleich zwischen den verschiedenen Weltregionen angesichts des neuen Schubs zur Globalisierung jenseits der Bipolarität. Nach fast vier Dekaden stellt sich die Frage nach dem Paradigma kirchlichen Entwicklungshandelns neu.

Diese Themenstränge greifen den konziliaren Prozeß auf, gehen aber zugleich darüber hinaus.

In all diesen Themenbereichen verbinden sich lokale und regionale mit globalen Herausforderungen. Geschichte und Zukunft Europas sind nur in globaler Dimension zu begreifen. Angesichts allein der binneneuropäischen Komplexität der Probleme wird es nicht leicht sein, diese globale Dimension in Graz einzulösen. Der Versammlung könnte jedoch kaum Schlimmeres passieren, als ihre ausschließliche Orientierung an innereuropäischer Provinzialität.

Die Präsenz außereuropäischer Gäste wird dazu helfen, den globalen Horizont der Ökumene wach zu halten und der Gefahr einer exklusiven innereuropäischen Verständigung auf Kosten anderer zu wehren.

Diese Frage wird von vielen gestellt, die angesichts der Rückkehr nationalistisch und ethnisch motivierter Gewalt, ökonomisch bewirkter sozialer Ausgrenzung und fundamentalistischer Intoleranz gegenüber Minderheiten an Möglichkeiten zur friedlichen Streitbeilegung zweifeln. Auch in den Kirchen und vielen engagierten Gruppen ist die euphorische Stimmung von Basel nüchternen Realitätsprüfungen gewichen.

Die Kirchen und was sich in ihnen bewegt werden die Probleme Europas nicht aus sich heraus lösen. Ihr Einfluß auf Politik und Ökonomie ist begrenzt. Was sie tun können, ist, zum Ratschlag über Problemlösungen einzuladen. Das gebietet ihre Mitverantwortung für die europäische Geschichte, aus der sie sich nicht verabschieden können. Sie selbst sind Teil des Problems. Je deutlicher sie das erkennen und kritisch reflektieren, um so glaubwürdiger wird ihr Beitrag zur Problemlösung.

Er besteht wesentlich im Vorleben einer spirituellen und politischen Kultur, die den Dialog gegen die Gewalt setzt. Eine Kultur der friedlichen Streitbeilegung in Europa zu fördern, ist die ethische Konsequenz, die aus dem Motto für Graz gezogen werden muß. Versöhnung als Gabe Gottes wird im Versöhnungshandeln zwischen Menschen konkret. Diese Konsequenz führt durch alle Niederungen des Leidens, das Menschen einander zufügen können. Davon gibt es genug, auch in Europa. Demgegenüber liegt es an den Christen und ihren Kirchen zu bezeugen, daß dieses Leiden nicht das letzte Wort ist. Solches Zeugnis gehört zum ureigensten Auftrag, den sie der Welt schuldig sind. Graz und der Prozeß dahin sind eine neue Gelegenheit, ihn einzulösen.

Wenn uns in allen Kirchen das Christuszeugnis als der zentrale Bezugspunkt verbindet und wir dennoch zugleich feststellen müssen, daß sich dieses Zeugnis in sehr verschiedenen Formen – historisch und kulturell geprägt – ausdrückt, dann sollten wir allerdings anerkennen, daß unser menschliches und kirchliches Christuszeugnis eine durchaus relative Angelegenheit ist. Dies bedeutet zweierlei: Erstens verweist es uns darauf, daß wir alle gemeinsam auf Metanoia (Umkehr und Buße), auf Vergebung und Versöhnung angewiesen sind, kurz: der Gnade Gottes bedürfen und zugleich nicht darüber verfügen können. Zweitens ist uns damit aller Fundamentalismus, jeder Totalitätsanspruch in weltlichen und geistlichen Dingen verwehrt.

Daraus leitet sich manches für unser Verhalten untereinander, zu anderen Religionen und unser Verhältnis zur Welt ab. Untereinander dürfen wir das Christuszeugnis im Reichtum seiner Pluralität gelten lassen, ohne es zwanghaft vereinheitlichen zu müssen. Kirchlich organisierter, aggressiver Wett-

bewerb um die Seelen ist mit ökumenischem Verhalten unvereinbar. Evangelisierungskampagnen verraten sich schon mit der Wortwahl. Mission dagegen ereignet sich im dialogischen Prozeß bleibender Unterschiedlichkeiten. Der Streit um die Wahrheit wird zur Prüfung der Wahrhaftigkeit. Uns dieser Prüfung gemeinsam auszusetzen, müssen wir einander gegenseitig verpflichten. Ein Prüfstein dafür wäre der Versuch, uns auf einen Kodex ökumenischen Verhaltens in Europa zu verständigen.

Ansatzpunkte für einen Kodex ökumenischen Verhaltens

Der Studienausschuß der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) hat gerade einige Richtlinien über „Versöhnung in der gemeinsamen Mission im säkularisierten Europa“ veröffentlicht. Darin wird auf die Erklärung der KEK mit dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen auf der 5. Ökumenischen Begegnung (Spanien 1991) zurückgegriffen, in der es heißt: „Unsere Kirchen verpflichten sich, auf jegliche im Wettstreit gegeneinander betriebene Evangelisierung zu verzichten, die den Geist der Konkurrenz zwischen ihnen hervorruft.“

Der Studienausschuß interpretiert diese gemeinsame Aussage der drei großen Konfessionsfamilien so: „Auch wenn die Kirchen die Mission und die Evangelisation auf verschiedene Weise verstehen und dementsprechend verwirklichen, darf sich keine Kirche für mehr berechtigt halten als die andere, Mission und Evangelisation zu treiben“. Und: „Alle Kirchen und Gruppen, die die Mission Gottes in einen neuen Kontext tragen wollen, sind zu ökumenischer Kooperation verpflichtet.“

Die Frage bleibt, wieweit solche Verpflichtungen Praxisrelevanz gewinnen können.

Sie verstärkt sich noch im Verhältnis zu anderen Religionen. Der Dialog mit ihnen setzt die Authentizität des eigenen Glaubens ebenso voraus, wie die Relativierung des Absolutheitsanspruchs der eigenen religiösen Erfahrung. Wir werden lernen müssen, die Spannung zwischen dem eigenen und dem anderen nicht immer gleich zugunsten des eigenen Anspruchs auflösen zu wollen – was uns tendenziell auf den Weg der Macht und der Gewalt führt –, sondern Unterschiede zu respektieren und Gemeinsamkeiten zu fördern.

Wo es den Religionen gelingt, Verständigung nicht vom Akzeptieren ihres jeweiligen Wahrheitsanspruchs abhängig zu machen, tragen sie dazu bei, auch weltliche Loyalitäten (Ethnien, Nation, Klasse) soweit aufzulockern, daß sie dialogfähig werden, in Beziehung zueinander treten können. Das

schützt nicht vor dem Streit zwischen solchen Loyalitäten. Aber es macht diesen Streit verhandelbar, weil es Traditionen und Positionen aus den Absolutismen selbstgerechter Angriffs- und Verteidigungshaltungen befreit. Und es hilft der Mehrheit, die Minderheit zu respektieren, weil auch sie einen Teil der ganzen Wahrheit repräsentiert, die niemand allein für sich reklamieren kann. Dies ist kein allgemeines Toleranzedikt, auf das man sich zur Rechtfertigung von allem und jedem berufen könnte – etwa nach dem postmodernen Motto: anything goes; es gilt auf Gegenseitigkeit, d. h. ist auf Dialog und Verständigung gegründet.

Vom 18. November bis 2. Dezember 1995 haben sich Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen in den Vishegrad-Staaten im ökumenischen Tagungszentrum der Orthodoxen Kirche in den Böhmischem Ländern und der Slowakei in Vilemov (Tschechische Republik) zu einem solchen Dialog getroffen und eine gemeinsame Erklärung „Demokratisierung vorantreiben: demokratisches Ethos und demokratische Institutionen entwickeln“ verabschiedet. Darin heißt es: „Demokratie kann sich nicht darauf beschränken, freie Wahlen abzuhalten, die Gewaltenteilung zu institutionalisieren oder die Marktwirtschaft einzuführen. Eine demokratische Gesellschaft kann sich nur entwickeln, wenn der Übergang zur Marktwirtschaft mit sozialer Sicherheit einhergeht. Ebenso ist eine demokratische Kultur vonnöten: Bürgerinnen und Bürger müssen sich dafür einsetzen, gemeinschaftliche Werte zu erhalten und zu stärken ...“ Und weiter: „Mit großer Sorge verfolgen wir Entwicklungen in unseren Gesellschaften, die zeigen, daß die wirtschaftliche Transformation mit dem hohen Preis der sozialen Benachteiligung und Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung bezahlt werden muß. Besonders Jugendliche, Frauen, kinderreiche Familien und alte Menschen sind von dieser Entwicklung betroffen. Arbeitslosigkeit und Verarmung bringen jedoch außer der persönlichen Not die Gefahr mit sich, daß demokratische Prozesse nicht genügend Unterstützung bekommen.“

Gefordert wird die Gründung Nationaler Kirchenräte in allen mittel- und osteuropäischen Staaten, die Einrichtung spezieller Arbeitsgruppen für Menschenrechte und die Zusammenarbeit der Kirchen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

Verfahren der Verständigung

Verständigung als der Versöhnung vorausliegende Handlungsoption bedarf anerkannter Verfahren. Die Auseinandersetzung von Kirchen und

Religionsgemeinschaften untereinander ist nicht weniger menschlich – d. h. nicht weniger frei von Machtspielen und Vorteilssuche – als jeder säkulare Streit. Das mit theologischer Rhetorik zudecken zu wollen, verscherbelt die Verheißung von Gnade und Versöhnung zu Schleuderpreisen. Dazu können auch konziliare Prozesse beitragen, wenn sie Hoffnungen wecken, die die Beteiligten selbst nicht einlösen wollen oder können. Wenn es den Kirchen ernst ist mit der Ökumene und dem interreligiösen Dialog, müssen ergebnisorientierte Verfahren für die Lösung der unter uns strittigen Fragen entwickelt werden, die von allen Beteiligten anerkannt werden und denen sich die streitenden Parteien bereit sind anzuvertrauen.

Das Fehlen solcher Verfahren führt zu einer eloquenten ökumenischen Sprachlosigkeit, die Probleme in Metadiskussionen abdrängt. So wird nicht nur Glaubwürdigkeit verspielt, sondern auch die Chance, der Welt ein Beispiel zu geben. Ein Kodex ökumenischen Verhaltens ohne anerkannte und institutionalisierte Verfahren der friedlichen Streitbeilegung reicht über die Affirmation eines gemeinsam artikulierten, aber praktisch irrelevanten Tugendkatalogs nicht hinaus.

Die Erklärung von Vilemov ermutigt internationale ökumenische Zusammenschlüsse, „in Konfliktfällen zwischen einzelnen Mitgliedskirchen vermittelnd einzugreifen“. Sie begrüßt es, „wenn die Praxis überprüft wird, öffentliche Erklärungen zu Menschenrechtsverletzungen nur im Einvernehmen mit den Kirchen des betroffenen Landes abzugeben“. Darüber hinaus werden die Kirchen gebeten, „Möglichkeiten der Qualifizierung und des Trainings“ von in der Menschenrechtsarbeit engagierten Vertreterinnen und Vertretern zu schaffen.

Damit werden Verfahren der Mediation und der friedlichen Streitbeilegung als Handlungsoptionen auch im Konflikt zwischen den Kirchen angesprochen. Dies mag ein ungewohntes Ansinnen an diejenigen sein, die die Botschaft der Versöhnung als zentrale Aufgabe gerade ihres Verkündigungsauftrages ansehen. Geschichte und Gegenwart der ökumenischen Beziehungen der Kirchen in Europa und ihr Verhältnis zu anderen Religionsgemeinschaften lassen aber kaum den Schluß zu, daß sich Versöhnung als Gabe Gottes ausgerechnet im religiösen Kontext schon immer automatisch auch als geschichtliche Möglichkeit manifestiert. Dazu bedarf es durchaus der menschlichen Anstrengung.

Die Ökumenische Vereinigung der Akademien und Laienzentren in Europa hat bereits 1992 der Konferenz Europäischer Kirchen und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen den Vorschlag unterbreitet, Komitees zur Streitschlichtung zwischen den Kirchen einzurichten und von allen

Mitgliedskirchen anerkannte Verfahren zu entwickeln, die den Prozeß solcher Problemlösungsversuche transparent und nachvollziehbar machen. Der Vorschlag wartet bis heute auf seine Realisierung, während sich im Bereich zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und auch der kirchlichen Friedensgruppen längst Konzepte der Professionalisierung friedlicher Streitbeilegung in die Praxis umzusetzen beginnen.

Plädoyer für die Zivilität Europas

Zwischen Basel und Graz hat die Vision vom europäischen Haus durch die Ernüchterung über das Verhalten seiner Bewohner viel von ihrer Faszination verloren. Darüber sollte aber nicht vergessen werden, daß sich die gewaltigen Transformationsprozesse, deren tiefgreifende Auswirkungen wir noch kaum abzuschätzen vermögen, zu großen Teilen dem zivilgesellschaftlichen Engagement derer verdanken, die sich der Verständigung und Gewaltfreiheit verpflichtet fühlen. Die zivilen freiheitlichen und sozialen Tugenden der europäischen Tradition verlangen allerdings nach ständiger Erneuerung und Bestärkung, wenn ihre geschichtsbildende Kraft wachgehalten werden soll. Die Spannung zwischen Freiheit und Gerechtigkeit, die die Geschichte der europäischen Moderne bestimmt hat, hat sich nicht erledigt. Sie ist nicht zum einen oder anderen Pol hin auflösbar. Vielmehr gilt es, sie immer wieder im Sinne einer aushaltbaren Balance zwischen beidem zu bearbeiten. Wer dabei nicht allein auf staatliches und wirtschaftliches Handeln vertraut, wird die Kommunikationsformen ernst nehmen müssen, die die zivilgesellschaftlichen Akteure ausbilden. Sie sind durch ein hohes Maß an Pluralität gekennzeichnet, das die Komplexität gesellschaftlicher Interaktion widerspiegelt. Um so wichtiger werden Verständigungsprozesse, die das „gemeinsame Gut“ zum Ziel haben und zugleich fundamentalistischen und totalitären Vereinfachungen wehren.

Es wäre schon eine außerordentliche Verdrängungsleistung, wollte man meinen, die neue Auseinandersetzung um die Gestalt unserer Gesellschaften würde an den Gestalten unserer Kirchen spurlos vorübergehen. Was da miteinander im säkularen Kontext streitet, hat im kirchlichen seine Entsprechungen. Um so bedeutungsvoller ist es, daß die Kirchen selbst auch untereinander ihre Vorstellungen über die Gesellschaftsbilder klären, die die Zukunft Europas bestimmen sollen. Dabei hätten gerade die Kirchen vor dem Hintergrund ihrer Geschichte allen Anlaß, für die Zivilität in Europa die Lanze zu brechen. Nicht, weil sie sich besondere Verdienste im Befördern der Humanität, der Verständigung, der Versöhnung, der Achtung von Min-

derheiten, der sozialen und individuellen Menschenrechte und der internationalen Solidarität anheften könnten. Sondern weil auch sie über weite Strecken dieser Geschichte eher ins triumphale Unheil verliebt waren oder es ohne ausreichenden Widerspruch geschehen ließen.

Wenn Metanoia kein leeres Wort ist, könnten die Kirchen in Europa gerade in ihrer historisch gewachsenen Vielfalt Zeugen für die Gefahren sein, die drohen, wo ethnischen, nationalistischen und anderen fundamentalistischen Wahrheitsansprüchen freier Lauf gelassen, wo der Dialog im Interesse der Durchsetzung eigener Machtpositionen verweigert wird und sich diese Durchsetzung des Mittels der Gewalt bedient.

In Graz wird es nicht reichen, noch einmal die Problemlagen zu beschreiben. Was beschrieben werden muß, sind die Verfahren, sie zu bearbeiten. Wenn es dann zu einer Verpflichtung der „Problemfamilien“, d.h. aller am jeweiligen Problem Beteiligten kommt, sich öffentlich auf solche Verfahren der Konfliktregelung und Problemlösung einzulassen, haben wir einen großen Schritt getan.

Es mangelt nicht an Positionen. Standpunkte haben wir genug. Was wir ausbilden müssen, ist die Fähigkeit, sie aufeinander zuzubewegen. Das ist der Prozeß, in dem die Hoffnung wieder gehen lernt.

Und – Gott sei Dank – auch Theologie

Evangelische Theologie an der Prager Universität¹

VON JAN ŠTEFAN

*„Philosophie, Juristerei und Medizin und, leider!
auch Theologie ...“ Goethe, Faust I*

I. Die Diskontinuität des Theologiestudiums in Prag

Für den Gründer unserer Alma Mater Kaiser Karl IV. und seinen ersten Kanzler Erzbischof Arnošt existierte kein „Streit der Fakultäten“; die theologische Fakultät hatte ihren unbestrittenen Platz in der universitas litterarum im Ganzen, im Ensemble der Wissenschaften, die Theologen hatten ihre unangefochtene Position in der universitas magistrorum et scholarium, in der Gemeinschaft der Lehrer und Schüler. Der Absolvent der artistischen